

	Vergabenummer	
Baumaßnahme		
Leistung		

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN

1 Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)

1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):

Mit der Ausführung ist zu beginnen

- ☐ am _____.
- ☐ spätestens _____ Werktagen nach Zugang des Auftragsschreibens.
- ☐ in der _____ KW _____, spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Absatz 2 Satz 2 VOB/B). Die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum _____ zugehen; Ihr Auskunftsrecht gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 VOB/B bleibt hiervon unberührt.
- ☐ nach der im beigelegten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen)

- ☐ am _____.
- ☐ innerhalb von _____ Werktagen nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.
- ☐ in der _____ KW _____, spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ in der im beigelegten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Absatz 1 VOB/B sind:

- ☒ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn
- ☒ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung
- ☐ folgende als Vertragsfrist vereinbarte Einzelfristen
 - ☐ aus dem beigelegten Bauzeitenplan:

☐

2 Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B)

2.1 Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung der unter 1. als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen oder der Frist für die Vollendung als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:

- ☐ _____ € (ohne Umsatzsteuer)
- ☐ _____ Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme ohne Umsatzsteuer; Beträge für angebotene Instandhaltungsleistungen bleiben unberücksichtigt.
Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt _____ Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Satz 1 genannten Prozentsatz des Teils der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

- 2.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

3 Zahlung (§ 16 VOB/B)

Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gemäß § 16 Abs. 5 Nr. 3 VOB/B verlängert auf _____ Tage

4 Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)

- ☐ Auf Sicherheit für die Vertragserfüllung wird verzichtet.
- ☐ Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von _____ Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten.

5 Sicherheitsleistung für Mängelansprüche

- ☐ Auf Sicherheit für die Mängelansprüche wird verzichtet.
- ☐ Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt _____ Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme).

6 Bürgschaften

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden, und zwar für

- die Vertragserfüllung das Formblatt „Vertragserfüllungsbürgschaft“
- die Mängelansprüche das Formblatt „Mängelansprüchebürgschaft“
- vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Absatz 1 Nummer 1 Satz 3 VOB/B das Formblatt „Abschlagszahlungs-/ Vorauszahlungsbürgschaft“

7 Technische Spezifikationen

Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z.B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Bewertungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: "oder gleichwertig", immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

8 Werbung

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

9 Verwendung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln

- ☐ Die Verwendung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Rahmen der Leistungserbringung ist verboten.

10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

11 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

WEITERE BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN FÜR ALLE GEWERKE (WBVB)

11.1 Ausführungsfristen (gem. §5 VOB/B)

Ausführung Allgemein Beginn/Dauer der Ausführung

Die vertraglichen Einzelfristen beginnen jeweils 12 Werktage nach Zugang der Aufforderung durch den AG.

Ausführung Verbau einschl. Aushub UG1	Beginn/Dauer der Ausführung
- Vorlage detaillierter Terminplan	18 KT nach Beauftragung
- Fertigstellung W+M-Planung	6 Wochen nach Beauftragung
- Aufforderung Ausführung	12 KT vor Ausführungsbeginn
- Ausführungsbeginn	KW 41 Oktober 2026
- Ausführungsdauer	180 WT / 36 Wochen

11.2 Projektplattform

Für das Projekt wird der Projektraum „pdm35“ von X-Interchange verwendet, für den der AN nach Auftragserteilung einen Zugang erhält. Der AN ist verpflichtet folgende Prozesse über den Projektraum abzuwickeln:

- AN stellt W+M-Pläne zur Prüfung ein, der Prüflauf erfolgt über den Projektraum
- AN stellt Bautagesberichte und sonstige Unterlagen ein
- AN stellt (zusätzlich zur in Papierform geforderten) Dokumentation ein
- AN prüft (mittels QR-Code auf dem Plan) auf der Baustelle die Aktualität der ihm vorliegenden Baupläne.

11.3 Übergabe von Ausführungszeichnungen an den Auftragnehmer

Der Auftragnehmer, im Folgenden AN genannt, erhält zur Ausführung seiner Leistungen in sich abgestimmte Ausführungsunterlagen des Architekten und ggf. des Tragwerkplaners sowie der Fachplaner. Die kalkulationsrelevanten Unterlagen, die dieser Ausschreibung beiliegen, sind nicht zur Ausführung freigegeben.

Die Ausführungszeichnungen und -unterlagen werden in digitaler Form (pdf, dxf, dwg) übergeben. Der AN ist verpflichtet, die ihm beigestellten Ausführungsunterlagen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Die Maße der Planung sind mit den Maßen vor Ort abzugleichen, übernommene Festpunkte sind zu kontrollieren. Eventuelle Abweichungen, Mängel, Fehler oder Bedenken gegen die vorgesehene Art der Ausführung sind dem Auftraggeber, im Folgenden AG genannt, unverzüglich schriftlich mitzuteilen und Vorschläge zur Behebung zu machen.

Zeichnungen, statische Berechnungen oder andere Unterlagen, die der AN nach Vertrag, Technischen Vertragsbedingungen oder als Nebenleistung der VOB zu beschaffen hat, sind auf Grundlage der elektronisch übergebenen Ausführungszeichnungen zu erstellen. Die bauphysikalischen und geometrischen Vorgaben sind unverändert zu übernehmen. Die tatsächlichen bauseits vorhandenen Vorleistungen, die Gegebenheiten des Ortes und die Besonderheiten der Baustelle sind zu berücksichtigen. Änderungen in der Intension der Planung des Architekten, der haustechnischen Fachplanung, oder des Statikers sind vor Beginn der eigenen Montageplanung abzustimmen und bedürfen der Freigabe. Hinweise auf Schnittstellen zu anderen Gewerken sind in der Planung des AN mit aufzunehmen.

Die Unterlagen haben alle Angaben zu enthalten, die zur fachtechnischen Prüfung und zur Beurteilung auf Übereinstimmung mit dem Leistungsverzeichnis und dem Projekt erforderlich sind. Die Vorlage der Unterlagen des AN hat spätestens 12 Werktage nach der Übergabe der zur Ausführung notwendigen, freigegebenen Pläne des Planers zu erfolgen. Ist für Leistungen des AN die Prüfung, Genehmigung und Freigabe des Prüfsachverständigen für Statik erforderlich, so hat die Vorlage der Unterlagen bei diesem zeitgleich mit der Vorlage der Unterlagen beim AG zu erfolgen. Für die Prüfung der vorgelegten Pläne durch den Prüfsachverständigen sind mindestens 12 Werktage einzuplanen.

Eine Freigabe der vorgelegten Pläne seitens des AG bzw. des Architekten erfolgt nicht.

Sämtliche Mehraufwendungen für die vorgenannten Leistungen sind in die entsprechende EP´s mit einzukalkulieren und sind damit abgegolten.

Werden durch Änderungsvorschläge des Bieters statische Nachträge erforderlich, so gehen die entsprechenden Kosten einschl. der Prüfung durch den Prüfstatiker zu Lasten des AN.

Die Planunterlagen, die in gedruckter Form für die Baustelle benötigt werden, können über den Plottservice L+S Digitaldruck GmbH, Sauerlacher Straße 27b, Wolfratshausen (daten@digitaldruck.com) geplotet werden. Die Kosten werden durch den AG für eine einfache Ausfertigung getragen, alle weiteren Drucke übernimmt der AN.

11.4 Terminplan

Der AN hat einen detaillierten Terminplan als Balkenplan über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden kann. Der Terminplan ist dem AG 18 Tage nach Auftragserteilung 1-fach in Papier und Datenform zu übergeben.

Der Terminplan muss neben den Vertragsterminen auch Zwischentermine ausweisen (wie zum Beispiel: W+M-Planung, Freigabe bis, Materialbeschaffung, Fertigung, Montage, Aufgliederung Bauteile). Als Prüfzeit zur Freigabe durch die Architekten/Ingenieurbüro/Fachplanung ist bei der Erstvorlage von 10 Werktagen, bei Wiedervorlage von 6 Werktagen auszugehen. Alle 4 Wochen ist ein Soll-Ist-Vergleich der Termine des vorbenannten Ausführungsterminplans schriftlich bei der zuständigen Objektüberwachung bzw. Fachbauleitung vorzulegen.

11.5 Baustelleneinrichtungsplan

Der AN hat einen Baustelleneinrichtungsplan über die von ihm zur vertragsgemäßen Erfüllung sämtlicher Leistung aus dieser Leistungsbeschreibung benötigten Flächen und Einrichtungen zu erstellen. Die Festlegungen des AG gemäß Baustelleneinrichtungsplan sind dabei zu berücksichtigen. Der Plan ist dem AG spätestens 18 Werktage nach Auftragserteilung zu übergeben.

11.6 Bauleitung des AN und Baustellenbesprechungen

Für die Dauer seiner Tätigkeit auf der Baustelle stellt der AN unbeschadet seiner Verantwortlichkeit einen der Art und dem Umfang der Leistung entsprechend qualifizierten, deutschsprachigen, verantwortlichen und weisungsbefugten Bauleiter, der namentlich benannt wird und ohne die Zustimmung des AG nicht ausgewechselt werden darf. Der verantwortliche Mitarbeiter vor Ort muss die deutsche Sprache beherrschen und der Objektüberwachung bzw. Fachbauleitung vor Beginn der Ausführung zusätzlich mit Namen und Telefonnummer bekannt gemacht werden. Für den Fall der begründeten Abwesenheit des verantwortlichen Mitarbeiters vor Ort ist der Objektüberwachung ein entsprechend qualifizierter Vertreter zu benennen. Die Firmenbauleitung bzw. der verantwortliche Mitarbeiter vor Ort nimmt während der Dauer der Tätigkeit auf der Baustelle an den wöchentlichen Firmen-Jour-Fixen bzw. auf explizite Einladung der Objektüberwachung bzw. der Fachbauleitung auch an gesonderten Terminen zur Abstimmung mit anderen Gewerken teil. Die Terminierung und Leitung des Jour-Fixe Termins erfolgt durch die zuständige Objektüberwachung. Die Teilnahme an den wöchentlichen Baustellen-Jour-fixe-Terminen wird nicht gesondert vergütet.

11.7 Bautagesberichte

Der AN ist verpflichtet, fortlaufend Bautagesberichte zu führen und diese wöchentlich der zuständigen Objektüberwachung bzw. Fachbauleitung des AG zu übergeben. Die Bautagesberichte müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrags von Bedeutung sein können, wie zum Beispiel: Datum, Wetterverhältnisse (Temperatur, Niederschläge, Sturm, Veränderungen), Anzahl u. Namen der anwesenden Personen, sowohl Arbeitskräfte des AN als auch Vertreter des AG und Baustellenbesucher und andere Unternehmer, Anzahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang, Beschreibung der ausgeführten Tätigkeiten/Baufortschritt, besondere Vorkommnisse, u.a. Unfälle.

11.8 Einrichten von Unterkünften

Unterkünfte wie Schlafräume und Aufenthaltsräume für Freizeit dürfen auf dem Baugelände nicht eingerichtet werden.

11.9 Sanitäreinrichtungen

Der AG stellt für die am Bau Beschäftigten entsprechende Sanitäreinrichtungen zur Verfügung (erst ab Sept. 2023). Für die vom AG zur Nutzung bereitgestellten Sanitärcontainer wird keine Umlage erhoben. Die kostenfreie Bereitstellung der Sanitär- und Sanitätscontainer ist vom AN bei der Angebotskalkulation entsprechend zu berücksichtigen.

11.10 Arbeitszeiten und Baulärm

Auf der Baustelle darf zu folgenden Zeiten gearbeitet werden: Mo. bis Fr. 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr, Sa. 7.00 Uhr bis 15.00 Uhr, mit gesonderter Anmeldung von Bauarbeiten auch an Feiertagen und Wochenenden.

Auf der Baustelle dürfen nur schallgedämmte Baumaschinen eingesetzt werden. Lärmintensive Arbeiten sind in den Zeiten des Schulbetriebs; Montag bis Freitag von 8:00 bis 13:00h; möglichst zu vermeiden oder müssen mit dem AG abgestimmt werden, um Störungen zu Prüfungszeiten auszuschließen. In den weiteren Zeiten ist auf die angrenzende Wohnbebauung Rücksicht zu nehmen. Die einschlägigen Vorschriften für Lärm- und Erschütterungsschutz sind einzuhalten.

11.11 Sicherheit und Gesundheit

Bei der Durchführung der Arbeiten sind die einschlägigen Gesetze, Verordnungen, EU-Recht, Arbeitsstättenrichtlinie und Technischen Regeln sowie Vorschriften, Regeln und Informationen der Berufsgenossenschaften zu berücksichtigen. Den Anordnungen des vom AG beauftragten SiGeKo ist Folge zu leisten.

Der Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan wird dem AN in der jeweils aktuellen Fassung übergeben. Er hat die in den Sicherheits- und Gesundheitsschutzplänen enthaltenen Elemente bei der Ausführungsplanung und bei allen auszuführenden Arbeiten einzuhalten. Der AN hat dem Koordinator den Beginn neuer Arbeiten vorher rechtzeitig anzuzeigen und die erforderlichen Unterlagen hinsichtlich Sicherheitstechnischer Belange zu übergeben. Die Verantwortlichkeit des AN für die Erfüllung seiner Arbeitsschutzpflichten bleibt unberührt (§ 5 Abs.3 BaustellV). Der vom AG bestellte Koordinator wird durch Kontrollen die Einhaltung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzpläne überwachen und die Aufgaben nach der BaustellV wahrnehmen. Ferner wird der Koordinator durch regelmäßige Begehung der Baustelle die sicherheitstechnischen Einrichtungen und Schutzmaßnahmen des AN überprüfen. Soweit der Koordinator sicherheitstechnische Mängel auf der Baustelle feststellt, wird er den AN und AG in schriftlichen Berichten und / oder mündlicher Form unterrichten.

Der AN ist verpflichtet, die festgestellten Mängel unverzüglich zu beheben. Der AN hat für den Koordinator nach der BaustellV einen Ansprechpartner, Sicherheitsbeauftragten des AN für die Baustelle, zu benennen, der für die Erfüllung der erforderlichen Maßnahmen auch von eventuellen Nachunternehmern verantwortlich ist. Sämtliche vorstehenden Leistungen, Maßnahmen, die sich nach der BaustellV für den AN ergeben sind in die Baustelleneinrichtungspauschale einzukalkulieren.

11.12 Sicherung der Baustelle

Entlang der Baufeldgrenzen wird ein Bauzaun aus Stahlrohrrahmen und Vergitterung, Einzelelemente untereinander verschraubt, Zaunoberkante über Oberfläche Gelände 2 m, aufgestellt. Das Öffnen des Bauzauns zu jedweden Zweck ist strengstens untersagt.

11.13 Baustellensicherheitsdienst / Verkehrsregelung

Der Baustellensicherheitsdienst, falls beauftragt, wird insbesondere den Anlieferverkehr zur Baustelle sichern. Zum aktuellen Zeitpunkt dieser Ausschreibung beabsichtigt der AG die Beauftragung eines Baustellensicherheitsdienstes nur für den BA2.

11.14 Bauschutt, Abfall

Ergänzend zu VHB Blatt 231 (Abfall) ist der AN verpflichtet, alle durch ihn verursachten Abfälle (Schutt, Verpackungsmaterialien, Holzpaletten, Folien, Verunreinigungen etc.) arbeitstäglich aus den Gebäuden und wöchentlich vom zugewiesenen Lagerplatz zu entsorgen. Kommt er dieser Pflicht trotz angemessener Nachfrist nicht nach, kann der AG den Schutt auf Kosten des AN entsorgen lassen.

Es wird ferner auf die geltenden Richtlinien und Satzungen der Stadt Wolfratshausen bzw. des Landratsamtes Weilheim hingewiesen, die der Leistungsbeschreibung zu entnehmen sind.

11.15 Alkoholverbot

Für alle am Bau tätigen Mitarbeiter des AN gilt ein striktes Alkoholverbot auf dem Baugelände. Bei Zuwiderhandlung wird vom AG ein Baustellenverbot ausgesprochen.

11.16 Brandschutz

Bei der Durchführung von feuergefährlichen Arbeiten ist eine entsprechende geeignete mobile Löscheinrichtung (Feuerlöscher geeigneter Größe und Mittel) vor Ort vorzuhalten. Ein Erlaubnisschein für die Durchführung von Schweiß.- Brennschneidverfahren sowie verwandten Verfahren ist beim SiGeKo zu beantragen und während den Arbeiten mitzuführen.

11.17 Bauwasser / Baustrom

Die Bauwasserentnahmestelle, sowie die Baustromversorgung wird an zentralen Orten innerhalb des Baufeldes (siehe BE-Plan) durch das Gewerk Baustelleneinrichtung eingerichtet und vorgehalten. Für Hebewerkzeuge wird ein gesonderter Großgeräteverteilung mit Anschlusswert Bemessungsstrom 63 A, Bemessungsbetriebsspannung 400 V AC gestellt. Zusätzlich wird mit Baufortschritt auf jedem Stockwerk ein Unterverteilerschrank eingerichtet. Anschlusslängen bis 25m vom Einsatzort bis zur nächsten Verteilung sind möglich.

Die Gebühren für die Entnahme von Strom und Bauwasser trägt der AG - keine Rechnungsabzüge. Der kostenfreie Verbrauch von Bauwasser und Baustrom ist vom AN bei der Angebotskalkulation entsprechend zu berücksichtigen.

Dies gilt jedoch nur für notwendige Entnahmen zur Ausführung der vertraglichen Leistungen. Für die eigenen Aufenthaltscontainer, Magazincontainer etc. des AN hat dieser die Gebühren für Strom und Wasser selbst zu tragen. Der Einbau entsprechender Zähler ist durch den AN selbstständig mit dem jeweiligen Errichter der Baustrom- bzw. Bauwasserverteilung zu organisieren und mit der Objektüberwachung bzw. Fachbauleitung des AG abzustimmen.

11.18 Art und Weise der Preiskalkulation bei zusätzlichen Leistungen gem. VOB/B § 2 (6)

Fordert der AG die Ausführung einer im Vertrag nicht vorgesehene Leistung (VOB/B § 2 (6)), so wird die Vergütung hierfür anhand der hinterlegten Urkalkulation bestimmt, nicht auf Grundlage der tatsächlich angefallenen Mehr- oder Minderkosten. Ein Wahlrecht gem. § 650 c BGB besteht nicht.

11.19 Anordnung von Stundenlohnarbeiten

Stundenlohnarbeiten sind vor Ausführung bei der bevollmächtigten Objektüberwachung bzw. Fachbauleitung anzumelden und freigegeben zu lassen. Eine Freigabe ist seitens der Objektüberwachung bzw. Fachbauleitung nur innerhalb des mit LV beauftragten Kontingents möglich. Sollte das Kontingent nicht ausreichen, ist dieses von der Objektüberwachung bzw. Fachbauleitung vor Beauftragung / Freigabe weiterer Stundenlohnarbeiten mit Freigabe durch den AG erhöhen zu lassen. Stundenlohnzettel sind spätestens am dritten Werktag nach Leistungserbringung bei der Objektüberwachung bzw. Fachbauleitung einzureichen.

11.20 Aufmaß und Abrechnung

Aufmaß:

Aufmäße erstellen der AN und die zuständige Objektüberwachung bzw. Fachbauleitung der AG grundsätzlich jeweils vor Rechnungsstellung gemeinsam.

Abrechnung:

Allen Abschlagsrechnungen sowie der Schlussrechnung sind jeweils ein schriftliches Aufmaß sowie farbig angelegte Aufmaßpläne, in denen alle Maße ersichtlich sind, beizufügen. Diese Aufmaßpläne verbleiben mit jeder Rechnung beim AG. Es wird ein steigendes (kumulatives) Aufmaß vereinbart.

Der Leistungszuwachs der jeweils aktuellen Rechnung ist nachvollziehbar nach Positionen darzustellen. Die Teilrechnungssummen vorangegangener Rechnungen sowie der jeweils aktuellen Rechnung sind einzeln anzuführen (Summenblatt).

Rechnungslegung:

Die Prüfzeit gem. VOB beginnt ab Eingang der prüffähigen Rechnung bei der Objektüberwachung bzw. Fachbauleitung des zuständigen Ingenieurbüros. Rechnungen sind 1-fach digital über den Projektraum (pdm35 von X-Interchange) an das zuständige Planungsbüro zur Prüfung und an die Buchhaltung der Stadt Wolfratshausen sowie die Projektsteuerung (pm5 Projektmanagement GmbH) zu übermitteln.

11.21 Abnahmereife und Abnahme

Begehrt der AN die Abnahme der erbrachten Leistung, so hat er die vollständige Dokumentation mindestens 14 Tage vor der geplanten Abnahme an den AG zu übermitteln. Abnahmereife besteht erst nach Vorlage und Sichtung der vollständigen Dokumentation (innerhalb von 14 Tagen).

Der AG verlangt die förmliche Abnahme.

11.22 Haftpflichtversicherung

Der AN hat für die Dauer des Bauvorhabens eine ausreichende Haftpflichtversicherung zu unterhalten mit folgenden Mindestversicherungs-summen:

- 3 Mio. Euro für Personen- und Sachschäden, je Versicherungsfall jährlich 2-fach maximiert
- 2 Mio. Euro für Vermögensschäden, je Versicherungsfall jährlich 2-fach maximiert

11.23 Haftung

Über die Bestimmungen des §4 Abs. 5 VOB/B hinaus übernimmt der AG keine Haftung für auf der Baustelle gelagerte Materialien des AN.

11.24 Bauleistungsversicherung

Der AG schließt eine Bauleistungsversicherung ab, die den AN hinsichtlich der von ihm zu erbringenden Leistung einschließt. Für die AN wird keine Umlage zur Bauleistungsversicherung erhoben.

11.25 Verjährungsanspruch für Mängelansprüche

Gem. §13 Abs. (4) S.1 und 2 VOB/B vereinbaren die Parteien für Mängelansprüche für Bauwerke und für Teile von maschinellen und elektrotechnischen / elektronischen Anlagen, bei denen die Wartung Einfluss auf Sicherheit und Funktionsfähigkeit hat und für die ein Wartungsvertrag geschlossen wird, eine Verjährungsfrist von 4 Jahren.

11.26 Wartung (Sofern Wartungsbestandteile in Leistung enthalten)

Die Wartung ist Bestandteil des Angebotes (gesonderter Wartungsvertrag bzw. Wartungs-LV) und fließt über die Gewährleistungsdauer mit in die Wertung ein. Der AG behält sich vor die Wartung gesondert erst unmittelbar nach Abnahme der wartungsrelevanten Leistungen zu beauftragen, deshalb ist der Angebotspreis für die Wartung bindend bis 4 Wochen nach Abnahme der Leistung.

ENDE DER WEITEREN BESONDEREN VERTRAGSBEDINGUNGEN (WBVB)

	Vergabenummer	
Baumaßnahme		
Leistung		

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots
Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen

Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Bau- und Abbruchabfällen sowie Baustellenabfällen

1 Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

- 1.1 Wird für die Verwertung bzw. Beseitigung der Bau- und Abbruchabfälle eine andere als die in der Leistungsbeschreibung genannte Lösung der Verwertung bzw. Beseitigung angeboten, hat der Bieter mit seinem Angebot mindestens nachzuweisen, dass
- die vorgesehene Anlage die Berechtigung zur Verwertung und Beseitigung sowie zur Aufnahme des Abfalls besitzt und der Betreiber bestätigt hat, dass er die Bau- und Abbruchabfälle annehmen wird,
 - bei Andienungspflicht (in der Regel gefährliche Abfälle zur Beseitigung) die Bestätigung der Abfallwirtschaftsbehörde vorliegt,
 - die Kosten der Abfallverwertung in die Einheitspreise eingerechnet sind,
 - die Kosten der Abfallbeseitigung benannt sind und vom Auftraggeber unmittelbar getragen werden können.
- 1.2 Soweit in den Vergabeunterlagen gefordert, hat der Bieter zu dem von der Vergabestelle benannten Zeitpunkt die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger sowie für die jeweiligen Belastungsarten und Belastungsgrade die Verwertungs- und Beseitigungsanlage zu benennen und nachzuweisen, dass
- die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger zur Aufnahme des Bau- und Abbruchabfalls berechtigt sind und erklären, die Bau- und Abbruchabfälle abzunehmen,
 - die Verwertungs- bzw. Beseitigungsträger sich damit einverstanden erklären, dass die Abfallwirtschaftsbehörde dem Auftraggeber Auskunft über ihre Eignung zur Durchführung einer ordnungsgemäßen Abfallentsorgung erteilt,
 - die Anzeige nach § 53 KrWG erfolgt ist, bzw.
 - die erforderliche Erlaubnis (§ 54 KrWG) vorliegt.

2 Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen

- 2.1 Der Auftragnehmer wird sich bemühen, bei der Erbringung seiner Leistung Abfälle zu vermeiden (Bemühensklausel).
- 2.2 Der Auftragnehmer wird mit Aufnahme seiner Tätigkeit Abfallerzeuger und zugleich Besitzer der in der Leistungsbeschreibung näher aufgeführten Bau- und Abbruchabfälle. Er übernimmt die Pflichten des Auftraggebers zur Verwertung und Beseitigung der Bau- und Abbruchabfälle unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen, insbesondere abfallrechtlichen Bestimmungen sowie der anerkannten Regeln der Technik. Er führt die von ihm zu erbringenden Nachweise entsprechend dem Kreislaufwirtschaftsgesetz in Verbindung mit der Nachweisverordnung (NachwV).
- 2.3 Der Auftragnehmer trifft alle erforderlichen Vorkehrungen, um Bau- und Abbruchabfälle nach den geltenden Vorschriften getrennt zu erfassen und zu halten sowie einer sachgerechten Entsorgung zuzuführen.
- 2.4 Die nach den abfallrechtlichen Bestimmungen zum Nachweis einer ordnungsgemäßen Entsorgung erforderlichen Erklärungen, Bestätigungen, Belege usw. sind dem Auftraggeber vorzulegen.

	Vergabenummer	
Baumaßnahme		
Leistung		

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

Bearbeitungsphasen, Datenaustausch, allgemeine Regelungen

1 Bearbeitungsphasen

Datenaustausch ist von der ausschreibenden Stelle / dem Auftraggeber vorgesehen für folgende Bearbeitungsphasen:

- Angebotsanforderung
- Angebotsabgabe
- Abrechnung .

2 Datenaustausch

Werden Angebotsdaten elektronisch ausgetauscht, erfolgt dies nach den Regelungen des Gemeinsamen Ausschusses Elektronik im Bauwesen

☐ GAEB DA 90.

☐ GAEB DA XML.

Der Datenaustausch für die Abrechnung ist nach den Verfahrensbeschreibungen der Regelungen für Elektronische Bauabrechnung durchzuführen. Der Datenaustausch nach anderen Regelungen (z.B. Edifact) ist im Einzelfall zu vereinbaren.

Die Datenträger sind so zu kennzeichnen, dass eine eindeutige Zuordnung zum Vergabeverfahren bzw. zum Vertrag gewährleistet ist.

3 Abweichungen zwischen Datenaustauschdateien und schriftlicher Fassung

Die Datenaustauschdateien gelten als Arbeitsmittel, es sei denn, sie werden im Rahmen eines elektronischen Vergabeverfahrens über eine Vergabeplattform ausgetauscht.

Bei Abweichungen zwischen den Datenaustauschdateien und der schriftlichen Fassung der Abrechnungsunterlagen gilt die schriftliche Fassung. Inhaltliche Unterschiede gegenüber dem Datenträger sind vom Unternehmer in der schriftlichen Fassung zu kennzeichnen.